

Freiheit und Sicherheit Positionen der FDP der Stadt Bern

Wir Liberalen wollen eine sichere, saubere und lebenswerte Stadt Bern

"Freiheit heisst, sich jederzeit und überall in Bern sicher zu fühlen."

1. Einführung

Freiheit heisst, sich jederzeit und überall in Bern sicher zu fühlen

2. Gewalt/Polizeipräsenz

Härteres Durchgreifen gegenüber Gewalttätern

3. Bürgernahe Polizei (Community Policing)

Die Polizei muss in den Quartieren präsent sein

4. Sicherheit und Sauberkeit

In einer sauberen Stadt fühlt man sich sicherer

5. Betteln

In der Schweiz hat es niemand nötig, zu betteln

6. Demonstrationen

Schluss mit gewalttätigen Demonstrationen

7. Videoüberwachung

Ja zur punktuellen Videoüberwachung für mehr Sicherheit

8. Hooligans

Spielverderber sollen zuhause bleiben!

9. Durchsetzung des Rechts

Bestehende Gesetze müssen eingehalten und unnötige Gesetze abgeschafft werden

Freiheit und Sicherheit

1. Einführung

Freiheit heisst, sich jederzeit und überall in Bern sicher zu fühlen.

Die FDP steht für Freiheit, für freie Lebensgestaltung. Wir Liberalen haben einen natürlichen Abwehrreflex gegen alle Einschränkungen in unserer Freiheit. Sei das in unserem persönlichen Umfeld, im Berufsleben oder in der Öffentlichkeit.

Unsere Freiheit kann jedoch nur so weit gehen, als wir dadurch nicht andere in ihrer berechtigten Freiheit einschränken. Wo andere unsere Freiheit nicht respektieren, braucht es einen Staat, der uns Sicherheit gibt, der Regeln aufstellt und diese durchsetzt. Sicherheit ist damit für uns Liberalen eine Grundvoraussetzung zum Gebrauch der Freiheit.

Die Stadt Bern ist in den vergangenen Jahren unsicherer geworden. Die Arbeit der Polizei wurde von der rot-grünen Mehrheit konsequent behindert. Es werden rechtsfreie Räume, Gewalttaten und Sachschäden geduldet. Aus unserer Sicht ist dies nicht tolerierbar.

Die zunehmende Unsicherheit schränkt uns im Alltag ein. Sie schadet zudem dem Image der Stadt Bern, was sich negativ auf die Gesellschaft, den Wirtschaftsstandort und den Tourismus auswirkt.

Und schliesslich: Auch wenn uns einige Politiker sagen, dass Bern sicher sei, so gibt es doch viele, die sich nicht sicher oder nicht sicher genug fühlen. Es gilt, diese Anliegen ernst zu nehmen und mit konkreten Massnahmen die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu verbessern.

Die vorliegenden Positionspapiere zeigen auf, was wir Liberalen konkret zur Verbesserung der Sicherheit in der Stadt Bern fordern.

Wir Liberalen wollen ein sichere, saubere und lebenswerte Stadt Bern.

Freiheit und Sicherheit

2. Thema Gewalt/Polizeipräsenz

Es muss Schluss sein mit "Laisser faire" gegenüber Gewalttätern!

Es gibt deutlich mehr Gewalttaten als früher. Die Delikte gegen Leib und Leben haben sich seit 1990 vervielfacht. Die Zahlen der Polizei und des Inselspitals belegen es. Betroffen sind junge Männer, ältere Menschen, Frauen. Man kann sich nicht mehr zu jeder Zeit an jedem Ort in Bern frei bewegen, ohne einen Angriff auf Leib und Leben befürchten zu müssen. Es darf in Bern jedoch keine „No-Go-Areas“ geben, Gebiete, in die man sich zu bestimmten Zeiten besser nicht mehr begibt.

Wer heutzutage zusammengeschlagen wird, wird massiv zusammengeschlagen. Am Boden liegende Opfer werden nicht selten noch mit Schlägen und Fusstritten traktiert. Erhebliche Verletzungen – sehr oft Kopfverletzungen – sind die Folge. Das medizinische Personal am Inselspital in Bern hat einen klaren Trend zur Brutalisierung und zu gravierenden Verletzungen festgestellt. Erschreckend dabei ist, dass gerade in jugendlichen Kreisen diese Brutalität zunehmend ohne jegliches Motiv ausgeübt wird (sog. "Happy Slapping"). Als Tatmotiv kann in solchen Fällen nichts ausser "Langeweile" angegeben werden. Dreinschlagen als Zeitvertreib, wo der vorübergehende Kick einer äusserst gewalttätigen Machtausübung den Frust auf die Gesellschaft und die nicht vorhandene Freizeitgestaltung kompensieren soll? Dieser Entwicklung muss so früh als möglich, sowohl präventiv als auch repressiv, Einhalt geboten werden.

Gewalttaten sollen in Zukunft viel energischer und konsequenter verfolgt werden. Vermehrte Polizeipräsenz an neuralgischen Stellen mit beweglichen Elementen ohne fixe Standorte - potentielle Gewalttäter werden sich ihr Tun zweimal überlegen. Heute macht sich demgegenüber immer mehr die Meinung breit: „Es passiert ja eh nichts“. Das ist fatal.

Seit 25 Jahren ist der Polizeibestand in der Hauptstadt nicht mehr erhöht worden – dies obwohl die Aufgaben qualitativ und quantitativ deutlich zugenommen haben. Das konnte mit der Zeit nicht mehr aufgehen. Gegen Gewalt braucht es mehr Polizei und mehr sichtbare Polizeipräsenz. Trotzdem widersetzte sich der Gemeinderat wiederholt dem Antrag, die Polizeipräsenz moderat zu erhöhen. Die rot-grüne Mehrheit des Stadtparlaments folgte ihm regelmässig und lehnte alle entsprechenden Anträge ab.

Es muss Schluss sein mit „Laisser-faire“. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Menschen und eine zentrale Staatsaufgabe. Gewalt ist nicht tolerierbar. Gewalttaten jeglicher Art sind konsequent zu verfolgen.

Daneben kann gewalttätiges Verhalten durch die Präventionsarbeit der Polizei, insbesondere mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, frühzeitig in einem positiven Sinn beeinflusst werden. Aufgrund der anderweitigen Beanspruchungen fällt diese sinnvolle Tätigkeit heute bei der Polizei oft einfach weg.

Diese Forderungen sind im Volk ein Anliegen. Die Unterschriften für die in diese Richtung zielende Initiative der FDP wurden innert kürzester Zeit gesammelt. Die FDP bleibt an diesem Thema dran.

Konkret fordert die FDP der Stadt Bern,

- › dass gegenüber Gewalttaten eine Null-Toleranz-Politik betrieben wird;
- › dass gegenüber Vandalismus eine Null-Toleranz-Politik betrieben wird;
- › dass jedem Entstehen von rechtsfreien Räumen und "No-Go-Areas" entschieden entgegengetreten wird;

- › dass die uniformierte sichtbare Polizeipräsenz in der Stadt Bern deutlich zu verstärken ist;
- › dass die uniformierte Polizei schwergewichtig an neuralgischen Stellen präsent ist;
- › dass die Gewaltprävention insbesondere an Schulen massiv verstärkt wird;
- › dass die Finanzierung für die Erhöhung der Polizeipräsenz (ca. 5,2 Mio. Fr.) mit Mitteln erfolgt, die durch die Reformen "Police Bern" eingespart wurden.

Freiheit und Sicherheit

3. Thema Bürgernahe Polizei (Community Policing)

Die Polizei darf sich nicht in Stützpunkten verschanzen, sondern muss in den Quartieren verankert sein!

Sicherheit kann nicht allein durch das hoheitliche Auftreten der Polizei und die Ahndung von Verstößen gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet werden. Vielmehr ist es erforderlich, dass die Bevölkerung in die Gewährleistung der Sicherheit einbezogen wird und dass die Bevölkerung die Arbeit der Polizei im Alltag erlebt.

Im Sinne des Konzepts von "Community Policing" steht die FDP der Stadt Bern daher dafür ein, dass die - kantonal organisierte - Polizei lokal verankert und sichtbar ist. Wenn die Polizistinnen und Polizisten im Quartier bekannt sind, hat die Polizei als Ganzes ein wesentlich besseres Sensorium für die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung und die spezifischen Gefahren für die Sicherheit im Quartier. Dies trägt zur Verhinderung von Straftaten bei und erhöht das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung.

Daneben ist auch anzustreben, dass neben der Polizei auch die übrigen Behörden in die Sicherheits-/Ordnungsarbeit eingebunden werden, etwa die Abfallentsorgung, die Stadtgärtnerei oder der Sozialdienst. Die Polizei soll ausserdem mit möglichst vielen Interessengruppen (Quartierleiste, Wirtschaftsverbände, Parteien, Vereine) die Zusammenarbeit und den Austausch suchen. Keine Unterstützung der FDP finden Bestrebungen, die Bevölkerung in die Polizeiarbeit (Stichwort: Bürgerwehren) einzubeziehen. Für die FDP ist klar, dass das Gewaltmonopol dem Staat gehört.

Konkret fordert die FDP der Stadt Bern,

- › dass die Polizei konstante Ansprechpartner für die Quartiere definiert und allenfalls Quartierbüros einrichtet;
- › dass diese Ansprechpartner in den Quartieren regelmässig Patrouillen zu Fuss durchführen;
- › dass diese Ansprechpartner in den Quartieren, ihren Vereinen und lokalen Gewerbebetrieben sichtbar und bekannt sind;
- › dass die lokalen Ansprechpartner der Polizei regelmässig an sogenannten Hotspots präsent sind;
- › dass sämtliche Behörden der Stadt Bern ihr Handeln auch nach Gesichtspunkten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausrichten.

Freiheit und Sicherheit

4. Thema Sicherheit und Sauberkeit

Keine Sicherheit ohne Sauberkeit. Die Stadt Bern muss endlich aufräumen, auch der Sicherheit zuliebe!

Sicherheit und Sauberkeit haben nachgewiesenermassen einen engen Zusammenhang: Wo das Strassenbild verwahrlost, nimmt auch die Unsicherheit zu. Wo die Abfall herum liegt, Wände versprayed und Scheiben eingeschlagen sind, fühlen wir uns weniger sicher. Wir meiden diese Orte und überlassen sie jenen, die dafür verantwortlich sind. Es entstehen rechtsfreie Räume, "No-Go-Areas".

Die FDP der Stadt Bern setzt sich entschieden dafür ein, jeglichen Anfängen einer Bildung von rechtsfreien Räumen oder "No-Go-Areas" entgegenzutreten. Der öffentliche Raum gehört uns allen! Dies beginnt bereits im Kleinen: Es ist verboten, Zigarettenstummel auf den Boden zu werfen, Abfall liegen zu lassen oder wilde Plakate aufzuhängen. Littering ist ein Problem. Es ist Aufgabe der Stadt, für ein sauberes Strassenbild zu sorgen und Abfälle umgehend zu beseitigen. Es ist aber auch die Aufgabe der Polizei, solche Ordnungswidrigkeiten zu bestrafen, selbst wenn dies unangenehme Arbeit ist.

Vandalismus und Sprayereien sind nicht zu tolerieren. Es ist Aufgabe der Polizei und der Jugendarbeit, dieses Problem sowohl präventiv wie auch repressiv anzugehen. Wer wegen Vandalismus oder Spraying überführt wird, soll für die Reparatur oder Reinigung aufkommen. Oder noch besser: soll selber bei der Reparatur und Reinigung mitarbeiten oder auf andere Weise den Schaden abarbeiten. Aber auch die Grundeigentümer sind in der Pflicht: Versprayed Fassaden sind sofort zu reinigen. Die Freude, dass irgendwo sein "Tag" zu sehen ist, muss dem Sprayer sofort genommen werden. Dies gilt ganz besonders für öffentliche Gebäude: Liegenschaften der Stadt Bern, des Kantons Bern und des Bundes (wie auch deren Anstalten und Körperschaften) sollen noch in der gleichen Woche wieder gereinigt werden.

Ganz allgemein muss die Sauberkeit - auch im Dienste der Sicherheit - täglich erarbeitet werden. Auch mit Prävention: Darunter verstehen wir nicht nur Informationskampagnen und Aufklärungsarbeit, sondern auch das Aufstellen von gut sicht- und erreichbaren Abfalleimern, Aschenbechern und Entsorgungsmöglichkeiten.

Konkret fordert die FDP der Stadt Bern,

- › dass jedem Entstehen von rechtsfreien Räumen und "No-Go-Areas" entschieden entgegengetreten wird;
- › dass Littering mit Prävention und Repression bekämpft wird, und dass die Abfallentsorgung für ein sauberes Strassenbild sorgt;
- › dass Vandalismus und Sprayereien nicht geduldet werden; wer erwischt wird, soll den Schaden finanziell oder durch Arbeit begleichen;
- › dass die Stadt Bern, der Kanton Bern und der Bund Sprayereien an ihren Gebäuden noch in der gleichen Woche beseitigen;
- › dass private Grundeigentümer bei der Beseitigung von Sprayereien unterstützt, aber auch in die Pflicht genommen werden, wenn sie Pflichten verletzen.

Freiheit und Sicherheit

5. Thema Betteln

Betteln ist menschenunwürdig. Und es ist in der Schweiz nicht nötig. Stopp dem Betteltourismus!

In der Schweiz besteht für niemanden die Notwendigkeit zu betteln, um zu überleben. Die Sozialhilfe unterstützt Menschen in Not auf der Basis der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz der Sozialdirektoren (SKOS) und sorgt dafür, dass in unserem Land für alle ein menschenwürdiges Dasein möglich ist. Die Sozialhilfe ist eine Möglichkeit, die von allen in Anspruch genommen werden kann, die Hilfe benötigen. Das Netz ist im Kanton Bern gut ausgebaut, leicht zugänglich und sozial.

Trotzdem sehen wir auf den Strassen Berns täglich Bettler. Oftmals sind es regelrechte Betteltouristen. Dabei handelt es sich um gut organisierte Gruppen. Gemäss der Fremdenpolizei rekrutieren diese Banden vor allem in Osteuropa Männer, Frauen und Kinder und bringen sie zum Betteln in die Schweiz. Dabei werden, um bei Passanten Mitleid zu erzeugen, oftmals bewusst Invalide und Kinder eingesetzt. Das von ihnen eingenommene Geld müssen sie dann zum grössten Teil an ihre Schlepper abgeben. Diese nutzen mangelnde Sprachkenntnisse und Hilflosigkeit ihrer Opfer in der Schweiz gezielt aus. Dies finden wir enorm stossend.

Andere Bettler sind oft drogenkranke Menschen, die sich auf diese Weise ihre Sucht (mit-) finanzieren. Wenn wir ihnen Geld geben, helfen wir ihnen nicht. Hier ist eine umfassende Drogenpolitik gefragt.

Insbesondere die durch Banden organisierte Bettelei ist zu einem wachsenden Ärgernis geworden. Die organisierte Bettelei mag abstossend sein, strafrechtlich relevant ist sie jedoch nicht. Das Bettelverbot wurde 1991 im Kanton Bern aufgehoben. In der Folge gehören insbesondere in den Städten Bern, Biel und Thun Bettler schon fast zum Strassenbild. Passanten werden teilweise massiv bedrängt, am Vorbeigehen gehindert oder sogar angepöbelt. Der Polizei sind aber mangels rechtlicher Grundlage die Hände gebunden.

Dass rot und grün diese Probleme nicht angehen wollen oder können, ist bekannt. GFL, GLP und BDP fordern ein Bettelverbot allenfalls im Wahlkampf - wenn es darauf ankommt, stimmen sie jedoch wie üblich mit den Linken.

Die FDP fordert seit langer Zeit konsequent die Wiedereinführung des Bettelverbotes auf dem gesamten Stadtgebiet. In anderen Kantonen, etwa in Zürich, werden damit gute Erfahrungen gemacht. Ein Bettelverbot muss aber auch konsequent kontrolliert werden. Und es muss verhindert werden, dass das Verbot umgangen wird. Etwa durch Bettler, die ein Musikinstrument dabei haben und so tun, als wären sie Strassenmusiker ...

Konkret fordert die FDP der Stadt Bern,

- › dass die Stadt Bern das Bettelverbot auf dem gesamten Stadtgebiet wieder einführt;
- › dass die Stadt Bern umfassend gegen Betteltouristen vorgeht;
- › dass es in der Stadt Bern nicht toleriert wird, wenn Kinder und Invalide zum Betteln missbraucht werden.

Freiheit und Sicherheit

6. Thema Demonstrationen

Demonstrieren JA - Aber der öffentliche Raum gehört uns allen. Kein Platz für Krawalldemos!

Es ist eine Errungenschaft der liberalen Bewegung und ein verfassungsmässig verankertes Grundrecht, die Meinung frei zu äussern und dafür auf die Strasse zu gehen. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht, an einer Demonstration teilzunehmen, gerade auch in der Bundesstadt Bern. Dies entspricht dem liberalen Gedanken der FDP.

Eine Demonstration auf öffentlichem Grund führt aber auch zu Einschränkungen. So können sich Bürgerinnen und Bürger sowie Touristen nicht mehr frei in der Stadt Bern bewegen und die Geschäfte müssen während einer Demonstration zu Hauptöffnungszeiten mit beträchtlichen Ertragseinbussen rechnen.

Die unterschiedlichen Interessen und Nutzungen müssen im Gleichgewicht sein und miteinander koordiniert werden. Der öffentliche Raum gehört uns allen. Aus diesem Grund braucht eine Demonstration eine Bewilligung. Die Bewilligungspraxis ist so zu gestalten, dass die Verantwortlichen bekannt sind und dass die Demonstrationen friedlich ablaufen werden. Unbewilligte Demonstrationen sind zu verhindern oder aufzulösen.

Die FDP hat absolut kein Verständnis für gewalttätige Demonstrationen. Dagegen ist mit aller Härte vorzugehen. Eine gewalttätige Demonstration ist sofort aufzulösen. Täter und Organisatoren einer Demonstration haben für den Schaden aufzukommen, den eine gewalttätige Demonstration verursacht hat. Ansonsten gehen diese Kosten zu Lasten von uns Steuerzahlern!

Wer an einer unbewilligten und/oder aufzulösenden Kundgebung teilnimmt, soll strafrechtlich verfolgt und gebüsst werden können (Entfernungsartikel).

- › Wer an einer Demonstration Gewalt gegen Personen (inklusive Polizisten!) oder Sachen ausübt, muss strafrechtlich verfolgt und hart bestraft werden.
- › Gewalttätigen Demonstrantinnen und Demonstranten darf durch eine zu laxen Handhabung des Vermummungsverbot nicht die Möglichkeit gegeben werden sich einer Bestrafung zu entziehen.
- › Es ist allgemein bekannt, dass gewisse Demonstrationen (z.B. der antifaschistische Abendspaziergang) regelmässig zu Gewaltexzessen führen, oder dass bestehende Vereinbarungen nicht eingehalten wurden. Solchen Demonstrationen ist keine Bewilligung mehr zu erteilen, und solche Demonstrationen sind auch nicht zu "tolerieren".

Konkret fordert die FDP der Stadt Bern,

- › dass die Bewilligungspraxis dafür sorgt, dass Demonstrationen friedlich ablaufen, und dass auch auf die Interessen der nicht beteiligten Rücksicht genommen wird;
- › dass unbewilligte oder gewalttätige Demonstrationen nicht zugelassen bzw. sofort aufgelöst werden;
- › dass der Entfernungsartikel wieder eingeführt wird;
- › dass gegen Gewalt an Personen und Sachen hart und konsequent gegen die verantwortliche Person vorgegangen wird;
- › dass die Organisatoren einer Demonstration in die Pflicht genommen werden, auch finanziell.

Freiheit und Sicherheit

7. Thema Videoüberwachung

Die Stadt Bern soll mit gezielter und kontrollierter Videoüberwachung sicherer und sauberer werden!

Die FDP steht aufgrund ihrer liberalen Gesinnung dafür ein, dass sich jede Person überall frei und sicher bewegen kann. In der Stadt Bern sind oft Personen Opfer von Gewalt, zahlreiche Gebäude immer wieder verschmiert, und an vielen Orten gibt es Littering. Das führt nicht nur zu Nachahmungen, sondern dadurch steigt auch die Kriminalitätsrate.

Werden in der Stadt Bern Kameras aufgestellt, so können damit Straftaten gegen Personen, Schmierereien und Littering zu einem grossen Teil verhindert werden. Schon das Wissen darum, dass Kameras installiert sind, wird potentielle Kriminelle von Straftaten abhalten. Dass die Videoüberwachung zweifellos Präventivcharakter hat, liegt auf der Hand: Je höher die Wahrscheinlichkeit ist, bei einer Straftat erwischt zu werden, umso eher wird sie gar nicht erst begangen.

Die Videoüberwachung bedeutet aber auch eine Einschränkung jedes Einzelnen in seiner Bewegungsfreiheit und freien Lebensgestaltung. Es würde der liberalen Gesinnung widersprechen, wenn Bürgerinnen und Bürger auf Schritt und Tritt von Kameras beobachtet würden. Deshalb muss die Videoüberwachung auf neuralgische Orte in der Stadt Bern beschränkt bleiben, an denen erfahrungsgemäss Straftaten begangen worden sind oder mit Straftaten zu rechnen ist. So etwa in Parkhäusern der Stadt Bern, auf der Grossen Schanze, ausserhalb von Stadien und in der Nähe der Reitschule.

Der Bevölkerung muss bewusst gemacht werden, dass die Stadt Bern mittels der Installation von Kameras nicht nur wieder sauberer, sondern dadurch auch sicherer wird. Dann wird die Videoüberwachung wie in der Stadt St. Gallen oder in England akzeptiert werden.

Heute sind Kameras bereits privat, etwa am Bundeshaus, am Loeb, im und am Bahnhof und an Einfamilienhäusern installiert. Die Videoüberwachung an öffentlichen Orten bedarf aber einer klaren gesetzlichen Grundlage. Darin muss geregelt werden, an welchen Orten die Kameras aufgestellt werden dürfen, wer die Bilder einsehen kann und wie lange sie aufbewahrt werden dürfen.

Der Kanton Bern hat seine Hausaufgaben gemacht und die rechtlichen Grundlagen für die Videoüberwachung geschaffen. Nun ist es an der Stadt, die Videoüberwachung zu regeln. Es ist nur schade, dass die rot-grüne Mehrheit im Stadtrat dies bisher nicht für nötig gehalten hat.

Konkret fordert die FDP der Stadt Bern,

- › dass in der Stadt Bern für die Videoüberwachung eine klare gesetzliche Grundlage geschaffen wird;
- › dass die Installation von Kameras auf neuralgische Orte beschränkt bleibt;
- › dass die Aufzeichnungen nur bei einem Strafantrag oder einer Strafanzeige oder auf richterliche/staatsanwaltschaftliche Aufforderung angeschaut werden dürfen;
- › dass die Auswertung der Aufnahmen der Kantonspolizei vorbehalten bleibt;
- › dass die Aufzeichnungen nach einer klar definierten Zeit wieder gelöscht werden.

Freiheit und Sicherheit

8. Thema Hooligans

Hopp YB! Hopp SCB! Aber Stopp dem Krawalltourismus!

Was wäre Bern ohne YB und SCB, was wäre Bern ohne die nationalen und internationalen Spiele im Stade de Suisse oder im Allmendstadion! Und was wäre unser Freizeitleben ohne die vielen Sportvereine, im Fussball, Eishockey, Handball etc.

Die grosse Mehrheit der Fans ist friedlich. Wir freuen uns auf ein gutes Spiel und darauf, hoffentlich einen Sieg zu feiern. Und wenn unser Team verliert, akzeptieren wir das mit Fairness und hoffen auf's nächste Mal.

In letzter Zeit hat jedoch die Gewalt rund um den Sport erheblich zugenommen. Krawallierende Hooligans machen es nötig, dass die Polizei auch bei weniger wichtigen Spielen mit einem Grossaufgebot präsent sein muss. Die Polizei beobachtet dabei einen regelrechten Krawalltourismus: Viele Hooligans reisen extra von auswärts an, Fussballhooligans treffen sich an Hockeyspielen und umgekehrt, und auch untere Ligen bleiben von Ausschreitungen nicht verschont. Beängstigend ist auch, dass offenbar ein neues, erhebliches Gewaltpotenzial zu beobachten ist.

Wir Liberalen fordern ein entschiedenes und hartes Durchgreifen gegen die Hooligans. Gerade in Bern häufen sich die Krawalle. Die Polizei kann das Phänomen Hooligans mit den heutigen Mitteln jedoch nicht alleine bewältigen. Gefordert sind koordinierte Massnahmen auf allen Ebenen: Bund und Kantone müssen gesetzliche Grundlagen für eine stärkere Überwachung der Szene schaffen. Die Stadt Bern muss mehr Mittel in die Sicherheit investieren. Neuralgische Punkte gerade ausserhalb der Stadien müssen mit Video überwacht werden, damit Gewalttaten geahndet werden können. Die Verbände müssen sich dem Problem endlich annehmen. Und die Vereine und Spieler müssen ihre Vorbildrolle noch stärker wahrnehmen und klarstellen, dass ein richtiger Fan ein friedlicher Fan ist. Und nicht zuletzt: die Vereine oder die Stadionbesitzer müssen sich stärker als bisher an den Kosten für die Polizeieinsätze beteiligen.

Wir Liberalen wollen schöne Spiele und fairen Sport. Wir wollen keine Plattform für Chaoten! Wir wollen nicht mehr und nicht weniger, als dass ein Fan oder eine Familie wieder ohne Angst vor Krawallen einen Match besuchen kann. Was in anderen Ländern erreicht worden ist, muss auch bei uns möglich sein: Ein Fussball- oder Eishockeyspiel als friedliches Fest für die ganze Familie. In diesem Sinne: Hopp YB! Hopp SCB!

Konkret fordert die FDP der Stadt Bern,

- › dass Ausschreitungen von gewalttätigen Fans konsequent bekämpft und geahndet werden;
- › dass Bund, Kantone, Verbände und Vereine das Problem Hooliganismus zusammen angehen und den Städten die erforderlichen Instrumente bereitstellen;
- › dass die Vereine stärker als bisher an den Sicherheitskosten beteiligt werden.

Freiheit und Sicherheit

9. Thema Durchsetzung des Rechts

Das Recht ist immer nur so gut, wie es auch durchgesetzt wird!

Alle Regeln und Vorschriften sind nur so gut, wie sie auch durchgesetzt werden. Dies gilt für grosse Straftaten, im Strassenverkehr, aber auch bei alltäglichen Regeln wie dem Gebot der Nachtruhe.

Gerade wir Liberalen finden, dass es an sich zu viele Regeln und Verbote gibt. Es ist aber Aufgabe der Rechtsetzung, die Regeln zu bestimmen, und von Zeit zu Zeit zu überprüfen, ob sie noch sinnvoll sind. Veraltete oder überflüssige Regeln sind abzuschaffen oder zu lockern, etwa die unsinnigen Beschränkungen des Gastgewerbes im Bereich der Aussenbestuhlung.

Die Polizei und die Verwaltung müssen jedoch das geltende Recht um- und durchsetzen - bürgernah, aber konsequent. Es ist nicht an den einzelnen Beamtinnen und Beamten zu bestimmen, welche Regel sinnvoll ist, welche nicht, und welche durchzusetzen zu mühsam ist. Einige Regeln werden erbarmungslos und mit viel Aufwand durchgesetzt - etwa im Strassenverkehr. Andere Vorschriften werden nicht mehr durchgesetzt - etwa das Verbot des Kiffens. Die Stadt darf sich nicht hinter dem Opportunitätsprinzip verstecken: Dieses gilt nur im Einzelfall und nur in einem sehr eng abgesteckten Rahmen. Werden einzelne Regeln nicht mehr durchgesetzt schwindet das Vertrauen in die gesamte Rechtsordnung. Die Polizei und die Verwaltung sind anzuweisen, dass sie konsequenter alltägliche Ordnungswidrigkeiten ahnden.

Noch weniger geht es an, dass die Regeln gegenüber bestimmten Personen oder Gruppen nicht durchgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass man Haubesetzerinnen und Hausbesetzer gewähren lässt, oder dass die Feuer- und Gastgewerbepolizeivorschriften gegenüber der Reithalle nicht gleich gelten wie für andere Wirtinnen und Wirte. Oder dass Eintreibung von Gebühren für Wasser, Strom und Abfallentsorgung unterschiedlich gehandhabt wird.

Konkret fordert die FDP der Stadt Bern,

- › dass die bestehenden Regeln periodisch überprüft und wenn nötig angepasst werden;
- › dass die Stadtverwaltung und die Polizei konsequenter alltägliche Ordnungswidrigkeiten ahnden;
- › dass die Stadtverwaltung und die Polizei das Recht gegenüber allen gleichermassen und konsequent, aber bürgernah durchsetzen.

Freiheit und Sicherheit

Der Ausschuss Sicherheit und Gesellschaft der FDP Stadt Bern

In der FDP ist Mitdenken erwünscht.

Der Ausschuss Sicherheit und Gesellschaft der FDP Stadt Bern befasst sich mit Fragen rund um die öffentliche Sicherheit in der Stadt Bern. Ziel des Ausschusses ist es, ein Think Tank zu sein, wo sicherheitsinteressierte Personen gemeinsam Positionen zu Handen der FDP Stadt Bern bzw. der Stadtratsfraktion erarbeiten und ihren Erfahrungshintergrund mit einbringen. Gleichzeitig soll der Ausschuss ein Sensorium sein, das Anliegen betreffend Sicherheit in die Partei einbringt.

Ihre Meinung interessiert uns! Bitte schreiben Sie uns ein E-Mail auf sicherheit@fdp-stadtbern.ch, wenn Sie im Bereich der öffentlichen Sicherheit ein Anliegen haben oder uns auf ein Problem aufmerksam machen wollen oder uns Ihre Meinung mitteilen wollen.

In der FDP ist Mitdenken erwünscht. Falls Sie Interesse an einer Mitarbeit im Ausschuss Sicherheit und Gesellschaft haben, sind Sie herzlich willkommen! Sie können sich jederzeit gerne mit uns in Verbindung setzen über sicherheit@fdp-stadtbern.ch.

Für weitere Informationen: www.fdp-stadtbern.ch